

Hamburgs Konzept gegen Jugendgewalt

Für wen Datenschutz nicht gilt

Nach dem eskalierten Konflikt zwischen Schülern und einem Polizisten wusste Medien viel Persönliches über ein Kind. Datenschützer kritisieren das.



Nach einer Auseinandersetzung mit einem Schulpolizisten wurden elf Schüler beurlaubt. Foto: Daniel Reinhardt/tda

HAMBURG taz | Nach der zum Teil handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Schülern und einem Cop4U-Polizisten vor der Ida-Ehre-Schule im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel hat es offenbar Suspendierungen erhellet. Gleich elf Schüler wurden durch die Schulleitung „vorläufig“ beurlaubt, das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Wie berichtet, hatte der Elterrat kritisiert, dass Schüler „auf Anweisung der Behörde“ suspendiert worden seien, ohne zuvor gehört zu werden.

Unterstützen Sie die taz jetzt freiwillig mit Ihrem Beitrag

Tage. Sie soll sogar Schüler treffen, die die Auseinandersetzung nur gefilmt hatten. Schulbehördensprecher Peter Albrecht sagte der taz, alle Schüler, die den Anweisungen der Lehrer an jenem Nachmittag umgehend Folge geleistet hätten, seien „nicht suspendiert worden“. An der Nachbarschule sei nur der Schüler beurlaubt worden, „von dem der Vorfall ausging“.

Die Rede ist von einem 13-Jährigen, der auf einem vom NDR veröffentlichten Video zappelt unter dem Schulpolizisten liegt. Er soll sich laut Polizei zuvor geweigert haben, seine Hände zu zeigen, weswegen der Cop4U ihn fixierte und zu Boden brachte. Dort bekam der Beamte wohl auch Tritte von umstehenden Schülern an den behelmten Kopf.

Über den zu Boden Gebrachten ließ es unter anderem, er sei „intensivtäter“ und „verhaltensauffällig“ und vom benachbarten Gymnasium einst suspendiert worden. Die taz gab sogar an, die „Gewaltakte“ dieses Kindes zu haben, mehrere Blätter nannten den Namen der Schule, die der Junge heute besucht. Die Zeitungen berichteten, dass ein Verwandter des Kindes vor Gericht stehe und dass sie wüsten, in welcher Jugendeinrichtung es lebe.

Es stellt sich die Frage, ob Polizei und Schulbehörde in ihrer Pressearbeit angemessen Zurückhaltung übten, da es hier um Kinder geht. Die Polizeimitteilung „Schüler greifen Polizei-Beamten in Hamburg-Eimsbüttel an“ vom 19. August bot den Ausgangstext für zahlreiche Berichte. Der Junge sei der Polizei „bereits bekannt“, stand darin.

Polizeisprecherin Sandra Lovgrün sagt, es gab die Pressemitteilung, weil hier ein „öffentliches Interesse“ vermutet wurde. Es finde bei der Pressearbeit immer eine Einzelfallprüfung statt „unter Berücksichtigung des besonderen schutzwürdigen Interesses von minderjährigen Beteiligten“.

Kinder unter 14 auf „Obachtliste“

Dennoch besteht in Hamburg seit 2011 eine „Obachtliste“, auch Ampeldaten genannt, die sehr umstritten ist. Auf ihr werden aktuell 159 junge Menschen unter 21 Jahren geführt, die durch eine Straftat auffielen und bei der die Annahme besteht, dass sie weitere begähen. In diese Datei speisen Jugendhilfe, Schulbehörde, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Polizei Daten ein und erzeugen damit in ihren Handlungsfeldern eine der drei Farben Rot, Gelb, Grün.

Zurzeit sind auch sechs Kinder unter 14 Jahren in dieser Datei, die die Polizei koordiniert. Zugriffsberechtigt sind etwa 32 Personen. Die Sache soll auch abschrecken. „Ich kann in die Liste hineinschauen, die die Polizei angelegt hat und immer aktualisiert“, schrieb zum Beispiel ein Mitarbeiter der Gewaltpräventionsstelle der Schulbehörde 2019 in einem Blog.

Nur hatte der Hamburgische Datenschutzbeauftragte von Anfang an starke Bauchschmerzen mit dem Verfahren, das schrieb er 2013 in seinem 24. Tätigkeitsbericht. Denn erfasst wird dort die Werbung, zu den strafrechtlich auffälligsten Gewalttätigen unter 21 Jahre zu gehören, und das Merkmal „Intensivtäter“. Und neben diesen in die Vergangenheit gerichteten, aber gleichwohl „höchst sensiblen“

Wertungen, werde in der Datei zugleich eine Prognose in die Zukunft vorgenommen und mit jeder neuen Ampelfarbe wieder eine Wertung getroffen. Die Daten hätten folglich einen „hohen Schutzbedarf“. Statt der Polizei, so empfahl er dringend, sollte die Sozialbehörde das Verfahren koordinieren.

Die taz nahm die jüngsten Medienberichte über ein Kind zum Anlass, beim Datenschutzbeauftragten nachzufragen, ob die damalige Kritik noch aktuell sei. Die Antwort ist ja. Trotz intensiver Erörterung mit Polizei und Innenbehörde seien die im 24. Tätigkeitsbericht aufgeführten Mängel „nicht beseitigt“, sagt Sprecher Martin Schemm. Man habe die Sache zuletzt 2016 überprüft und sich nicht angenähert, vor allem bei der Einschätzung des „Schutzbedarfs“. Läge die Koordination bei der Sozialbehörde, wäre dies „datenschutzrechtlich unkritischer“.

Die Sozialbehörde selbst sagt, sie habe kein Problem damit, dass die Polizei die Sache koordiniere. Die Innenbehörde sagt, der Schutzbedarf der Ampeldaten sei ihrer Einschätzung nach als „normal“ zu bewerten. Sie sehe im Gegensatz zum Datenschützer also keinen „hohen Schutzbedarf“.

Wie aus zwei Briefen von Eltern der Ida-Ehre-Schule hervorgeht, die der taz anonymisiert vorliegen, sehen diese auch ihre Kinder zu wenig geschützt und stigmatisiert. Zum Beispiel weil unterstellt wurde, dass das Filmen mit Handy die Situation eskalierte. Dabei könnte eine bildliche Dokumentation sehr wichtig sein.

„Spontane und reflexhafte Vorverurteilung“

Schulsenator Ties Rabe (SPD) hatte in einem Pressestatement „Konsequenz und Härte“ angekündigt und das Verhalten der Jugendlichen verurteilt. Die Schulpolitikerin Sabine Boeddinghaus (Die Linke) nennt das nun eine „spontane und reflexhafte Vorverurteilung“, mit der Rabe nach dem „Top-Down-Prinzip“ Druck ausübe. „Historisch hat Gewalt nicht das Mittel der Wahl und muss geahndet werden“, sagt sie. Sie hinterfrage aber diese Suspendierungen. Obwohl bekannt sei, dass nur ein Teil der Schüler von der Ida-Ehre-Schule kam, konzentrierten sich „alle Maßnahmen auf diese Stadteilschule mit ausgeprägtem politischem Profil“.

Boeddinghaus will nun das gesamte Konzept „Handeln gegen Jugendgewalt“, zu dem auch Cop4U und Obachtlisten gehören, überprüft und mindestens überarbeitet wissen, damit „das Primat der Pädagogik“ gehört.

30.500 mal DANKE! Und eine Bitte.

Mehr als 30.000 Personen beteiligen sich bei taz zahl ich. Immer mehr entscheiden sich dafür, uns zu unterstützen. Weil es eine unabhängige, kritische Stimme in den hiesigen Medien braucht. Weil es die taz braucht. Unsere Community ermöglicht damit den freien Zugang für alle. Weil wir Journalismus nicht nur als Produkt oder Ware, sondern auch als öffentliches Gut verstehen. Dies unterscheidet uns von anderen Zeitungen und Bezahlmustern.

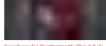
Was uns nach unterscheidet: Unsere Leser:innen. Es sind schon über 30.000, die auf taz.de nichts bezahlen müssten, aber wissen, dass guter Journalismus etwas kostet. Dafür sind wir sehr dankbar – und diesen Schutz möchten wir mitnehmen in die Zukunft. Der tag stehen große Veränderungen ins Haus (Stichwort Digitalisierung), die wir nur gemeinsam meistern können. Deshalb suchen wir so viel Unterstützung wie möglich. Es wäre ein schönes Zeichen für die taz und für die Zukunft unseres Journalismus. Mit nur 5,- Euro sind Sie dabei!

WOLFRAM SCHULZ DANKE DANKE

taz zahl ich

Fehler auf taz.de entdeckt? Wir freuen uns über eine Mail an fehler@redaktion.taz.de. Ihr lokales Feedback? Gerne als Leser*innenkommentar unter dem Text auf taz.de oder über das Kontaktformular.

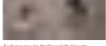
MEHR ZUM THEMA



Gewalt vor der Hamburger Ida-Ehre-Schule Was geschah wirklich?
Über den Vorfall zwischen Schülern und Polizei berichten die Medien aus behördenkritischer. Ein Schüler, der dabei war, erzählt eine andere Geschichte.
KARLA KUTTER



Junge Leute unter 18 dürfen nicht wählen Fragt uns!
Natürlich haben viele Jugendliche eine klare politische Meinung. Doch sie dürfen nicht mitbestimmen. Die taz hat bei Schüler*innen nachgefragt. MARVIN FREYBERG



Änderungen im Berliner Schulgesetz Ein letzter progressiver Akzent
KOMMENTAR VON ANNA KLÖPPER
Die Koalition hat fast minute die Schulgesetz-Novelle beschlossen. Der rote-orange Faden darin heißt Chancengerechtigkeit.

SO KÖNNEN SIE KOMMENTIEREN: Bitte registrieren Sie sich und halten Sie sich an unsere Netiquette. Haben Sie Probleme beim Kommentieren oder Registrieren? Dann melden Sie uns bitte an kommune@taz.de

LESE*INWENKOMMENTARE

ANDREAS, 2020 4. Sep. 17:11
Aber das Video ist schon kreisch, der Polizist ringt mit einem Kind und zeigt sich total hilflos und wahnsinnig steht zwischen Vernehmlich oder Sachstand und möglicher Tat auch nach einer richtig großen Lücke. Allerdings wieder es mich nicht, dass die Schüler aus der Menge den Polizisten angreifen, bespucken, beschimpfen und beleidigen. Das sehen viele junge Menschen in Musik-Videos, wo eine m.M. anti-sozialen, provokativen Haltung zeigt das Wert gerettet wird. Allerdings hat der Polizist die Gelegenheit auch geschaffen.

Datenschutz/innere Sicherheit: Hamburg leidet an M. immer noch unter dem Schilly/Jan Beatz-Jahren, denn aus dieser Zeit hat die Stadt das Bild eines gewalttätigen, jungen Menschen, meist männlich, oft migrantisch, immer noch gefährlich, wird zum Beispiel eine sonderbare Art der Privatisierung in Schulen gemacht und Gewalt wird nur als jugendlich, männlich, meistens delinquent betrachtet.

Denn viele Schüler in den städtischen Stadtschulen überfordert werden. Dazu eine kalte, lieblose Umgebung gegeben wird und stetig durch Leistungsdruck ihre eigenen Defizite aufgezeigt werden, das alles wird nicht als Gewalt betrachtet. In jedem normalen Betrieb wäre diese Abfolge gut für einen Mobbingprozess ins Arbeitsgericht, in Hamburger Schulen geht man regelmäßig Schüler so an und zwingt die in Situationen, die sich dann in sozialen Szenen hier ereignen. Wobei die ursprüngliche Idee hier m.M. nach eine tolle Idee ist, denn wenn die Polizei grundsätzlich als Team abgebaut wird, dann OIE man schon mal aus der Kompetenz zu oder trat sich Befähigungen an.

ALLE 3 KOMMENTARE ANZEIGEN

Advertisement for UPath Golf, featuring a golfer and text: UPath ist ein Leader in The Forrester Wave™ mit Bestnoten in allen drei Hauptkategorien.

